



## Georg Brunnhuber

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg  
Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

An die Bürgerinitiative  
**Unteres Härtsfeld e.V.**  
Unterer Weiler 14

89561 Dischingen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 22777594  
☎ (030) 22776594  
✉ georg.brunnhuber@bundestag.de  
🌐 www.georg-brunnhuber.de

### Wahlkreisbüro

Schreinerstraße  
73447 Oberkochen  
☎ (07364) 87 87  
☎ (07364) 91 92 10  
✉ georg.brunnhuber@wk.bundestag.de

Berlin, den 11.12.2007

### Bürgerinitiative Unteres Härtsfeld e.V.

Sehr geehrte Herren,  
Sehr geehrte Frau Bahmann,

haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihren Brief vom 27. November 2007, in dem Sie mir den aktuellen Stand der Debatte um die Aufstellung einer Funksendeanlage in Dischingen-Katzenstein übermitteln und mich auf die verschiedenen Kontroversen aufmerksam machen. Gerne bin ich bereit Ihnen zu antworten.

Zunächst möchte ich Ihnen vergewissern, dass ich großes Verständnis für Ihre dargelegten Befürchtungen habe, denn auch mir sind die in Deutschland sehr kontrovers und emotional geführten Diskussionen über die Auswirkungen von Mobilfunk bekannt. Inzwischen gibt es weltweit über 20.000 Untersuchungen, die sich mit den Auswirkungen der Strahlung auf Menschen, Tiere und Umwelt befassen. Die Ergebnisse der Studien sind erfahrungsgemäß sehr unterschiedlich. Wir als Politiker sind hierbei auf den technischen Sachverstand von Experten angewiesen. Generell gilt für uns dabei: Schutz und Aufklärung der Bevölkerung haben oberste Priorität. In diesem Sinne verfolgen und begleiten wir mit großer Intensität die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung zu möglichen Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk.

Aber es ist andererseits auch eine Tatsache, dass immer mehr Menschen Handys nutzen und einen möglichst flächendeckenden Empfang wünschen. Dies geht mit einem verstärkten Netzausbau und einer damit verbundenen höheren Zahl von Mobilfunkbasisstationen einher. Durch diese sind die Menschen hochfrequenten Feldern ausgesetzt. Die Frage der möglicherweise damit verbundenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen ist ein zentraler Punkt der in der Öffentlichkeit geführten Diskussion. Und wir als Gesetzgeber haben die Aufgabe, verbleibende wissenschaftliche Unsicherheiten bei der Entscheidung über Regelungen zum Schutz des Menschen in geeigneter Weise zu berücksichtigen.



## **Georg Brunnhuber**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deshalb ist eine Intensivierung und Koordinierung der Forschung geboten, eine Forderung, der ich mich nachdrücklich anschließen möchte. Aus diesem Grunde hat das Bundesumweltministerium im Jahr 2002 das Bundesamt für Strahlenschutz beauftragt, das Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm durchzuführen. Das Bundesumweltministerium wendet für das Programm insgesamt 8,5 Millionen Euro auf. Die Mobilfunknetzbetreiber haben in ihrer freiwilligen Selbstverpflichtung vom Dezember 2001 zugesagt, ihre Anstrengungen für Vorsorgemaßnahmen zu verstärken und das Programm mit weiteren 8,5 Millionen Euro zu unterstützen.

Im Rahmen des Programms werden zahlreiche Untersuchungen in den Bereichen Biologie, Epidemiologie, Dosimetrie und Risikokommunikation durchgeführt. Ziel ist es, grundsätzlich biologische Wirkungen und Mechanismen wissenschaftlich belastbar nachzuweisen und unter Einbeziehung internationaler Forschungsergebnisse deren gesundheitliche Relevanz abzuschätzen. Das Programm wird voraussichtlich in den nächsten Wochen abgeschlossen werden.

Eine Broschüre zum Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramm (DMF) soll einen Beitrag des Bundesumweltministeriums (BMU) zu dieser Diskussion leisten und verdeutlichen, dass Wissenschaft und Politik eng zusammenarbeiten, um der Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt gerecht zu werden. Gerne stelle ich Ihnen diese in der Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme und weiteren Verwendung zur Verfügung.

Bezüglich Ihrer Bitte um Unterstützung auch in Bezug auf den Standort muss ich Sie jedoch darauf hinweisen, dass ich als Abgeordneter des Deutschen Bundestages keinen Einfluss auf die Entscheidungen eines Gemeinderates habe. Eine Verlegung der geplanten Anlage könnte aber zum jetzigen Zeitpunkt noch im gegenseitigen Einvernehmen mit dem Anbieter, dem Gemeinderat und den Anwohnern ermöglicht werden. Daher sind Ihr Engagement und das der Aktiven der Bürgerinitiative von großer Bedeutung und ich hoffe aufgrund dessen auch auf eine gute Lösung in der Frage des Standortes.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass ich mir Ihrer Sorgen bewusst bin und manches auch mich beunruhigt. Gleichzeitig möchte ich aber auch hier nochmals darauf hinweisen, dass in einer ländlich geprägten Region, wie der unseren, der Mobilfunk für viele Menschen eine große Erleichterung und auch für viele ein höhere Sicherheit darstellt. Insbesondere ältere Menschen fassen aufgrund der allseits verfügbaren Verbindungsmöglichkeiten Zutrauen, länger als in der Vergangenheit selbständig zu bleiben. Und dies ist eine Entwicklung, die ich sehr begrüße. Außerdem wäre es nach meiner persönlichen Erfahrung äußerst schwierig unsere jüngeren Generationen zu einer Abkehr vom Mobilfunk zu bewegen.



**Georg Brunnhuber**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wie Sie hoffentlich meinen Zeilen nun entnehmen können, sind sich die Bundesregierung und auch ich persönlich der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger bewusst. Ich kann Ihnen versichern, dass ich persönlich die aktuellen Entwicklungen dieser Thematik auch in Zukunft sehr genau verfolgen werde.

Mit freundlichen Grüßen

6

Georg Brunnhuber MdB

Anlage